



Fisch und Vogel



Rundbrief aus der Solidarität mit Christen der Philippinen

Nr. 78

August 2012



Foto: Zacharias Steinmetz

Inhalt

Nachrichten	3	Umzug des philippinenbüros	14
Das Konzept Nachhaltigkeit	6	„Wohlwollende Assimilierung“	16
Fairer Handel auf Panay	9	Der Fall Fausto	18
Mikrokredite als Ausweg?	10	Aktuelles	19
Nachhaltige Wirkung von Studienreisen	12	Letzte Seite	20

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vorliegende Sommer-Ausgabe beschäftigt sich mit dem Thema „Nachhaltigkeit“. Neben der Frage, was Nachhaltigkeit eigentlich ist, interessierte uns während der Vorbereitung ganz besonders, wie Nachhaltigkeit auf den Philippinen umgesetzt werden kann oder sogar heute schon umgesetzt wird. Fairer Handel und wirtschaftliche Unabhängigkeit spielen dabei eine genauso wichtige Rolle wie ein globales Verantwortungsbewusstsein für Mensch und Umwelt.



Mahagoni-Setzlinge werden im Zuge eines Wiederaufbauprojektes in Bolinao (Pangasinan) gepflanzt.

Als Christ_innen sind wir zur Bewahrung der Schöpfung aufgerufen, die Gott uns anvertraut. Deshalb können uns weltweite Armut und Umweltzerstörung nicht egal sein. Wir müssen protestieren, wenn Menschen und Umwelt zum Beispiel durch Bergbauprojekte geschädigt werden. Wir können in unserem Konsum auf Nachhaltigkeit achten, indem wir Produkte fair kaufen und auf Überflüssiges auch mal verzichten. Durch kirchliche Partnerschaften können wir unseren Glauben teilen und das Leben unserer Geschwister kennen lernen. Gerade Kirchen haben eine Schlüsselposition, um in diesen Bereichen Gerechtigkeit einzufordern. Dabei treibt uns die Vision des Reiches Gottes an, an dem wir mitbauen und das als Vorgeschmack auf den Himmel schon mitten unter uns beginnt.

Gott will die Welt nicht zerstören, sondern sagt seiner Schöpfung in Genesis 8,22 seine Bewahrung zu: „Solange die Erde besteht, soll es immer Saat und Ernte, Kälte und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht geben.“ Hoffen wir, dass auch die Menschheit es nicht schaffen wird, sie zu zerstören, sondern dass wir endlich zur Besinnung kommen und nachhaltig umdenken!

In diesem Sinne wünscht die Redaktion viel Spaß beim Lesen und eine schöne Sommerzeit!

Carolin Blöcher studiert in Wuppertal Evangelische Theologie und hat von 2008-09 einen VEM-Freiwilligendienst in Tondo, Manila gemacht. Im Rahmen des Programms der UCCP (Vereinigte Kirche Christi in den Philippinen) hat sie in der UCCP-Gemeinde in Tondo und in der dazu gehörigen Vorschule gearbeitet. Die 23-Jährige ist Mitglied des philippinenbüros, aktiv im Netzwerk Junge Erwachsene der Vereinten Ev. Mission (VEM) und beginnt mit dieser Ausgabe ihre Arbeit im Redaktionsteam von Fisch und Vogel.

Der Name "Fisch & Vogel" bezieht sich auf zwei Symbole:

Fisch (griechisch: Ichthys) steht für Jesus Christus, Sohn Gottes, Retter und Vogel (philippinisch: Ibong Malaya) für den Widerstand gegen die Marcos-Diktatur

Impressum:

Herausgeber:

Arbeitskreis Ökumenische Philippinen Konferenz
c/o Dorothea Seeliger, Jahnstr. 82, 56179 Vallendar

Redaktionsteam:

Carolin Blöcher, Zacharias Steinmetz, Martina Seltmann

Nachrichtenredaktion:

Gabriele Hafner und Philippinenbüro im Asienhaus

Ständige Mitarbeit: Dr. Rainer Werning

Wir freuen uns über Ihren **Unkostenbeitrag**, der das Erscheinen von Fisch & Vogel garantieren hilft:

Kontoinhaber: Bischöfliches Ordinariat Limburg
Konto 3700010

BLZ 51140029 (Commerzbank Limburg)

IBAN: DE08511400290379027600

BIC: COBADEFFXXX

Verwendungszweck: Fisch & Vogel 2012

Kostenstelle: 2140 1016 20 (bitte immer angeben)

Die nächste Ausgabe von Fisch & Vogel, Nr. 79, erscheint im Dezember 2012

Flut und die Folgen

Besonders schwere Auswirkungen hatten Tropenstürme und Regenfälle Anfang August, die viele Teile der Insel Luzon unter Wasser setzten. Auch Manila war nach dem Taifun „Gener“ überflutet. 65 Menschen starben, rund 2,4 Millionen Filipinos waren von den Unwettern betroffen. Die Sozialorganisation der katholischen Bischofskonferenz (NASSA) gab sehr rasch 850.000 Pesos als Nothilfe für die betroffenen Diözesen frei. Präsident Aquino musste beim Besuch eines Katastrophenhilfszentrums bei heftigem Regen mit seinem Hubschrauber auf der Autobahn notlanden. Seine Vorgängerin Arroyo profitiert in gewisser Weise von dem Hochwasser, da eine Gerichtsanhörung verschoben werden musste, in der es um die Wahlbetrugsvorwürfe gegen sie gehen sollte. Der Finanzausschuss des Senats kündigte an, der Regierung für Maßnahmen nach den Zerstörungen bis zu zehn Milliarden Pesos zur Verfügung stellen zu können. In der Provinz Lanao del Norte in Mindanao ist es nach einem Tropensturm zu Erdbeben und Sturzfluten gekommen. Außerdem wurde ein fünf Kilometer langes Stück der Verbindungsstraße Iligan-Zamboanga unpassierbar.

vgl. CBCP 10.08.2012, PST 11.08. u.15.08.2012, Mindanews 15.08.2012

Neue Bergbaupolitik

Die mit Spannung erwartete Revision der philippinischen Bergbaupolitik wurde Anfang Juli mit einer Regierungsanordnung bekannt gemacht. Demzufolge will die Regierung keine Rahmenabkommen mehr mit Bergbauunternehmen unterzeichnen, solange nicht ein neues Gesetz verabschiedet ist, das die Aufteilung der Gewinne zwischen den Unternehmen und dem Staat neu regelt. Die Regierung plant offenbar, den Anteil, der an sie abgetreten muss, mindestens zu verdoppeln. Bereits bestehende Abkommen mit Firmen bleiben aber in Kraft.

Umweltminister Ramon Paje führte aus, er erwarte, dass das Gesetz als vorrangiges Vorhaben vom Präsidenten eingebracht werde. In Zukunft sollen Bergbaurechte nur noch per Auktion vergeben werden. Es sollen Richtlinien festgelegt werden, die auch die soziale Akzeptanz bei der Bevölkerung berücksichtigen. Bestehende Abbaugelände sollen überprüft und möglicherweise neu verhandelt werden. Der Kleinbergbau soll begrenzt bleiben auf die dafür ausgewiesenen Gebiete. Von Bergbauvorhaben ausgenommen sind geschützte Gebiete, hochwertiges Agrarland, Gebiete für Tourismusentwicklung und andere kritische Zonen, die das Umweltministerium festlegen muss. Auch die regionale Regelung zum Verbot offenen Tagebaues in der Provinz Süd Cotabato bleibt bestehen.

vgl. Business Mirror 09.07.2012, PDI 32.07.2012

Frisches Geld für Korruption?

Präsident Aquino will den Etat, aus dem Abgeordnete für ihre Wahlkreise Gelder beantragen können, weiter anheben. Mit dem Haushalt 2011 hatte er ihn mehr als verdoppelt. Durch den Fonds für eilige Entwicklungsprojekte (Priority Development Assistance Fund) können Abgeordnete offiziell und kontrollierbar Gelder für ihre Projekte bekommen. Durch diese Politik würde die Verwendung der Gelder, die zur positiven Stimmung im Wahlkreis beitragen, nachvollziehbar, begründet Aquino seine Politik. Unter den Vorgängern seien unter der Hand Gelder für deren Favoriten geflossen. Kritiker fürchten eine Verschwendung von Steuergeld.

vgl. PCIJ 17.07.2012

Aquino: Alles ist möglich

In seiner dritten Rede zur Lage der Nation, einer Art Zwischenbilanz, hob Präsident Benigno Aquino vor allem die Fortschritte seiner Regierung auf wirtschaftlichem Bereich hervor. Acht Heraufstufungen bei der Kreditwürdigkeit habe es gegeben. Das Land sei von einem Schuldnerstaat zu einem Geldgeber geworden. 3,1 Millionen Arbeitsplätze seien neu entstanden und die Selbstversorgung des Landes mit dem Grundnahrungsmittel Reis werde für nächstes Jahr angestrebt. Er habe in seinen beiden Amtsjahren gelernt, dass nichts unmöglich sei, so der Präsident. Der Vorsitzende des unabhängigen sozioökonomischen Forschungsinstituts IBON, Sonny Africa, hielt dem entgegen, dass die Krise auf dem Arbeitsmarkt weiterhin ungelöst sei. Es gäbe eine drastische Verschlechterung bei der Qualität der Arbeitsplätze. Die Zahl der in Vollzeit Beschäftigten sei zurückgegangen und die Löhne seien weiterhin zu niedrig. Genau wie ihre Vorgänger setze die Regierung nicht auf den Aufbau einheimischer Industrien sowie der Landwirtschaft. Die Wirtschaft sei noch immer unterentwickelt und auf die Bedürfnisse der Eliten und des Auslands zugeschnitten.

vgl. Business Mirror 23.07.2012, MT 22.07.2012, Ibon 23.07.2012

Ausreise erzwingen?

Nach Angaben ihres Kardiologen ist es unabdingbar, dass Ex-Präsidentin Arroyo sich von einem Spezialistenteam im Ausland behandeln lässt. Die jetzige Parlamentsabgeordnete darf auch nach dem Ende Juli erwirkten Ende ihrer acht Monate dauernden Internierung gegen Hinterlegung einer Kautions in Höhe von einer Million Pesos nicht ohne Genehmigung ausreisen, da sie wegen Wahlbetrugs und Korruption angeklagt ist. Die 65-Jährige leidet unter einer Blockade im Nacken, ausgelöst durch ein Titan-Implantat in der Halswirbelsäule, das sich gelockert hat. Es verursacht schwere Atem- und Schluckbeschwerden, die ein lebensbedrohliches Ausmaß annehmen könnten, so der Arzt. Die Regierung will nun überprüfen, ob eine Ausreise unumgänglich ist.

vgl. PST 26.07., 30.07. und 15.08.12, PDI 18.08.12

Entspannung oder Blitzkrieg

Kurz vor der Verabschiedung des von der katholischen Kirche erbittert bekämpften Gesetzes über Geburtenkontrolle bezeichnete die Katholische Bischofskonferenz einen Parlamentsbeschluss, der die Diskussion über das Gesetz einen Tag früher als geplant beendet hat, als „Blitzkrieg“. Die Beratungen über Änderungsanträge verzögerten sich, weil nicht genügend Antragsteller_innen im Parlament anwesend waren. Die Autor_innen des Gesetzesentwurfs haben zehn größere Änderungen beantragt, um den Entwurf zustimmungsfähiger zu machen. Das Gesetz, das ungehinderten Zugang zu Verhütungsmitteln und ausreichende Information über Empfängnisverhütung gewährleisten soll, spaltet das Parlament in nie dagewesenem Ausmaß. Einen Pfad der Entspannung versuchte dagegen Erzbischof Ramon Arguelles zu beschreiten, der bisher einige heftige Tiraden über die Politiker hat ergehen lassen. Nun schickte er den Volksvertreter_innen religiöse Andenken und Marienbilder, in der Hoffnung, sie umzustimmen. Die Abgeordnete Kimi Cojuangco ließ verlauten, sie werde das Geschenk des Bischofs in ihrem Büro als Erinnerung an ihre Unterstützung für das Gesetz ausstellen, das den philippinischen Frauen zu besseren Lebenschancen verhelfen soll. Eine andere Abgeordnete schrieb in einer SMS, sie sei eine katholische Abgeordnete, keine Abgeordnete der Katholischen Kirche.

vgl. *PDI* 15.u. 17.08.08.2012, *PST* 16.08.2012

Dienstgemeinschaft auf philippinisch

Katholische Schulen sollten es sich zweimal überlegen, bevor sie etwas lehrten, das der offiziellen Kirchenlehre widerspricht, warnte der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen, Erzbischof Jose Palma. In diesem Fall könnten sie den Titel einer katholischen Schule verlieren. Der Oberhirte reagierte damit auf die Aussage von 160 Hochschullehrer_innen des Ateneo de Manila, die sich öffentlich als Unterstützer_innen der Gesetzesinitiative für Geburtenkontrolle bekannt hatten. Sie kennzeichneten dies als ihre private Meinung, nicht als die offizielle Position der Universität. Die Bischofskonferenz wolle mit ihnen in Dialog treten. Dabei sollten die Lehrenden verstehen, dass sie, auch wenn das nur ihre persönliche Auffassung sei, damit nicht an einer katholischen Bildungseinrichtung unterrichten dürften.

vgl. *CBCP* 17.08.2012, *MB* 19.08.2012, *PDI* 19.08.2012
Das Statement der Professor_innen im Volltext: <http://tinyurl.com/fuv78rhbill>

Minister abgestürzt

Zehntausende Filipin@s beteten dafür, dass Innenminister Jesse Robredo doch noch lebend gefunden werden möge. Er war Ende August mit einer viersitzigen Piper während eines Landemanövers auf Masbate unweit der Küste ins Meer gestürzt. Der Minister für Inneres und lokale Regierungen war auf dem Weg nach

Naga, als offenbar einer der beiden Motoren ausfiel. Ein Assistent des Innenministers schaffte es, aus der Maschine auszusteigen, die beiden Piloten werden ebenfalls vermisst. Der Bischof von Basilan Martin Jumoad berichtete, der Minister habe ihm tags zuvor eine SMS mit dem Termin für seinen Besuch in Basilan geschickt, bei dem er sich persönlich ein Bild von der sich verschlechternden politischen Stabilität auf der Insel machen wollte, die der Kirchenmann in einem Hirtenbrief beklagt hatte. Robredo sei der einzige Minister, der ihn jedes Mal persönlich getroffen habe, wenn er zu einem Besuch in Basilan gewesen sei. Es gab in letzter Zeit lauter werdende Rücktrittsforderungen an den Minister, doch er war entschlossen, die Amtsperiode zu Ende zu bringen.

vgl. *PST* 18. & 19.08.2012, *CBCP* 19.08.2012, *MB* 19.08.2012

Nationen vereint bei Kritik an Menschenrechtslage

Auf die Einhaltung der Menschenrechtsabkommen wurden die Philippinen im Rahmen der regelmäßigen Revision (Periodical Review) Ende Mai vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen überprüft. Bereits im Vorfeld hatten philippinische Organisationen und auch das deutsche Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP) kritisiert, dem eingereichten Bericht mangle es an der Benennung konkreter und messbarer Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtssituation. Von der Arbeitsgruppe, die den von Justizministerin Leila de Lima vorgestellten Bericht evaluierte, wurden intensivere Bemühungen, politische Morde vor Gericht zu bringen und Menschenrechtsverletzungen durch paramilitärische Gruppen zu verfolgen, gefordert. Angesprochen wurden auch Maßnahmen gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung sowie die Stärkung der Rechte von Hausangestellten und Migrant_innen. Die 69 teilnehmenden Staaten verabschiedeten einen Katalog an Empfehlungen, in dem der Bereich der politisch motivierten, an der Justiz vorbei ausgeführten Handlungen im Mittelpunkt stand, wie Tötungen, das Verschwindenlassen von Personen, Folter, und die ungenügende Strafverfolgung. Namentlich erwähnt wurden die ausstehende Festnahme von Generalleutnant Palparan a.D., des Ex-Gouverneurs Joel Reyes und der Drahtzieher des Massakers in Maguindanao.

vgl. *AMP* 16.05.2012, *UN Human Rights Council* 31.05.2012, *UPR Watch* 15.06.2012

Zum Download des UNHRC-Berichts: <http://tinyurl.com/fuv78unhr>

Staat muss Rechte aktiv schützen

Mehr Schutz für Menschen, die sich für Menschenrechte engagieren, forderten zwei Spezialberichterstatter der Vereinten Nationen, in Sachen Menschenrechte und außergerichtliche Tötungen von der philippinischen Regierung. Margaret Sekaggya und Christof Heyns forderten die Behörden auf, zeitnah unabhängige Untersu-

chungen einzuleiten über die wachsende Zahl von Todesdrohungen gegen Menschenrechtsarbeiter, vor allem in Mindanao und den östlichen Visayas. Der philippinische Staat müsse die Bevölkerung vor paramilitärischen Gruppen, Todesschwadronen und Sicherheitstrupps von Firmen sowie das Recht auf Leben aktiv schützen. Eine Unterlassung bedeute eine Verletzung des Abkommens über zivile und politische Rechte, betonten die beiden Berichtersteller.

vgl. *OHCHR 09.07.2012*

Geld statt Gesetzesvollzug

Mitte August hat Präsident Aquino die Belohnung für die Ergreifung der drei Top-Gesuchten Generalleutnant Jovito Palparan a.D., Ex-Gouverneur von Palawan Joel Reyes, und Ruben Ecleo aus Dinagat auf zwei Millionen Pesos verdoppelt. Der Menschenrechtsanwalt des Sozialsekretariats der Bischofskonferenz (NASSA) Edu Gariguez kommentierte diesen Schritt mit der Feststellung, das Aufspüren und die Inhaftierung von Verdächtigen sei Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, denen dafür ein Budget zur Verfügung stehe. Wenn sie erfolglos blieben, dann stimme etwas nicht mit dem System der Strafjustiz. Auch Menschenrechtsanwalt Edre Olalia betonte, dies sei reine Alibipolitik, solange weiterhin neue Fälle von Tötungen, Verschwindenlassen und Strafflosigkeit zugelassen würden. General Palparan wird bereits seit 2006 gesucht, weil er für das Verschwinden zweier politisch aktiver Studentinnen verantwortlich gemacht wird.

vgl. *PDI 18.08.2012, CBCP 17.08.2012*

Zeugen unter Schutz

Nachdem es eine Welle von Morden an Zeugen des Maguindanao-Massakers gegeben hat, bei dem 57 Menschen ums Leben gekommen waren, wurden einige Zeugen unter den Schutz der Regierung gestellt. Dabei handelt es sich um sechs Personen, vier seien bereits früher in das Zeugenschutzprogramm des Justizministeriums aufgenommen worden. Bisher fielen bereits sechs Zeugen gezielten Tötungen zum Opfer.

vgl. *AP 25.07.2012*

CHR vermisst Fortschritte

Die Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Menschenrechte (CHR) prangerte an, dass nach zwei Amtsjahren des Präsidenten Aquino kein einziger Menschenrechtsverletzer verhaftet worden sei. Loretta Rosales stellte fest, dass auch die dokumentierten Fälle von außergerichtlichen Tötungen, die sich während der Amtszeit Aquinos ereigneten, nicht erfolgreich verfolgt worden seien. Keine Fortschritte habe es auch bei einem Gesetz zur angemessenen Entschädigung der Opfer des Kriegsrechts unter Diktator Marcos gegeben.

vgl. *PDI 13.07.2012*

Holländischer Pro-Farmer Missionar getötet

Ein holländischer Missionar, der sich für die Bauern auf der Hacienda Luisita eingesetzt hat, ist vor seinem Büro erschossen worden. Der 67-jährige Willem Geertman wurde von zwei Unbekannten in den Rücken geschossen. Er hat 30 Jahre in den Philippinen gelebt und sich für eine Landreform auf der Aquino-Cojuangco-Farm Luisita engagiert. Er hatte mit zwei Mitarbeitenden gerade eine größere Geldsumme auf der Bank abgehoben, die von den Tätern entwendet wurde.

vgl. *PST 04.07.2012*

Aktionsbündnis aktiv in Berlin

Vertreterinnen und Vertreter des Aktionsbündnisses Menschenrechte folgten Mitte Juni einer Einladung der philippinischen Botschafterin in Berlin, Maria Cleofe Natividad um den 2009 begonnenen Dialog zu Menschenrechtsfragen fortzusetzen. Die Koordinatorin des Aktionsbündnisses, Maike Grabowski, überreichte der Botschafterin eine Liste, die 83 Fälle politisch motivierter Morde und 18 Fälle von erzwungenem Verschwinden lassen seit der Amtseinführung von Präsident Aquino dokumentiert. Die Delegationsmitglieder des AMP nutzten das Treffen in der philippinischen Botschaft auch, um einzelne Fälle von Menschenrechtsverletzungen anzusprechen, bei denen Partnerorganisationen in den Philippinen direkt betroffen sind. Die Botschafterin begrüßte den offenen und konstruktiven Austausch zu Menschenrechten. Beide Seiten wollen den Dialog und Informationsaustausch in Zukunft weiter vertiefen.

vgl. *AMP 16.06.2012*

Neue Angreifer alte Probleme

Das Bangsamoro Islamic Freedom Movement (BIFM), eine 2010 entstandene Abspaltung von der Moro Islamic Liberation Front (MILF), hat Anfang August durch Angriffe auf Armeeposten in Maguindano heftige Gefechte ausgelöst, in deren Folge 45.000 Menschen aus ihren Siedlungen geflohen sind. Der Vertreter des UN Flüchtlingskommissariats schlug Alarm. Fast die Hälfte der Flüchtlinge lebe unter schlechten Bedingungen. Acht bis zehn Familien müssten sich einen Raum in den als Evakuierungszentren genutzten Schulen teilen. Außerdem sollen Guerillakämpfer_innen die Lager infiltriert haben. Hilfsorganisationen hatten wegen fortgesetzter Kämpfe wiederholt Probleme, in das Gebiet zu gelangen. Fünf Bürgermeister von Kleinstädten werden beschuldigt, das BIFM unterstützt zu haben. Sie hatten ihre Städte während der Angriffe verlassen. Die Versammlung der Autonomen muslimischen Region forderte die Nationalregierung auf, die BIFM zu entwaffnen. Die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und MILF würden durch die Vorfälle nicht beeinträchtigt, hieß es.

vgl. *MB 10.8.2012, Mindanews 6.8. und 14.8.2012, UCAN 13.8.2012, AFP 17.8.2012*

Die Fortsetzung der Nachrichten folgt auf Seite 9

Das Konzept Nachhaltigkeit

Entstehung und Entwicklung einer Idee, die die Welt verändern kann

Von Zacharias Steinmetz

Das Thema Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Nahezu jedes moderne Wirtschaftsunternehmen versucht sich mittlerweile mit nachhaltigen Federn zu schmücken. Die Regale in den Supermärkten sind voll von Bio- und fair gehandelten Produkten. Doch wie sieht es anderswo auf der Welt aus? Die Philippinen rangieren derzeit auf Platz 124 der Liste der Länder nach Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt des IWF. Welche Möglichkeiten hat ein solches Land nachhaltig zu wirtschaften? Andersherum scheint es kaum vorstellbar, dass wir in Deutschland die Welt retten können, indem wir unser Geld statt bei der Deutschen Bank bei der Umweltbank anlegen, dass wir Bioeier statt Eier aus Käfighaltung kaufen oder nicht mehr jeden Meter mit dem Auto fahren. All das mag ein erster Schritt sein, doch die Welt da draußen scheint komplexer. Was also bedeutet Nachhaltigkeit für uns in Deutschland und wie könnte eine nachhaltige Entwicklung auf den Philippinen aussehen?

Von der Idee zur Weltanschauung

Der Grundgedanke der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft. Erstmals wurde er Mitte des 16. Jahrhunderts in der kursächsischen Forstordnung formuliert. Grund war der zur damaligen Zeit immens hohe Bedarf an Holz zum Stützen von Bergstollen [1].

Im Laufe der Jahrhunderte wurde der zunächst auf die Forstwirtschaft begrenzte Nachhaltigkeitsbegriff auf Bereiche des übrigen Lebens übertragen. Dies mündete 1987 in einer erweiterten Ausführung des Begriffs nachhaltiger Entwicklung, welche im Zuge des Brundtland-Berichtes der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung verfasst wurde und bis heute Gültigkeit besitzt.

„Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“

Der Nachhaltigkeitsgedanke umfasst nach dem Drei-Säulen-Modell der Brundtland-Kommission (WCED) neben dem rein ökologischen Aspekt auch eine wirtschaftliche und eine soziale Komponente. Eine ganzheitlich nachhaltige Entwicklung kann nur durch gemeinsame Umsetzung aller drei Nachhaltigkeitsaspekte erfolgen [2]. Die WCED bezeichnet nachhaltige Entwicklung daher als dauerhaften Wandlungsprozess mit der Forderung einer umfassenden Verhaltensänderung zur Realisierung einer generationsübergreifenden, ökologischen und globalen Gerechtigkeit.

Ökologische Nachhaltigkeit von der Quelle zur Senke

Der Aspekt ökologischer Nachhaltigkeit bezieht sich auf die ausgewogene Inanspruchnahme ökologischer Quellen und Senken durch den Menschen. Die Natur nimmt innerhalb globaler Stoffkreisläufe wichtige Funktionen wahr, sogenannte Ökosystemdienstleistungen. Diese umfassen die Bereitstellung von Ressourcen in Form von Nahrung, Wasser, Energieträgern oder Arzneimitteln, die Regulierung des Klimas, die Schadstoffregulierung, die Erhaltung der Artenvielfalt und vieles mehr [3].

Versorgt die Natur den Menschen mit Rohstoffen, fungiert sie als Quelle. Darüber hinaus nimmt sie anthropogene Erzeugnisse und Abfälle auf. Das ist die Senke. Der Mensch greift durch sein Handeln in das natürliche Gleichgewicht des Stoffaustauschs zwischen Quellen und Senken ein. Eine Störung über die Toleranzschwellen des globalen Systems hinaus birgt die Gefahr eines Ungleichgewichts. Zeitliche und räumliche Verzögerungen zwischen menschengemachter Störung und ökologischer Auswirkung führen dazu, dass ein Fehlverhalten nicht schnell genug bemerkt wird. Verstärken sich diese Prozesse in sogenannten Rückkopplungsschleifen selbst, kann das globale Gleichgewicht unwiederbringlich außer Kontrolle geraten [ebd.]. Inselökosysteme, wie die Philippinen, sind beispielsweise besonders anfällig für anthropogene Störungen.

Aus dem Wissen über die globalen geobiochemischen Zusammenhänge und deren potenzielle Schwachstellen können sich Handlungsempfehlungen für die Gesellschaft ergeben. Hinsichtlich des ökologischen Nachhaltigkeitsaspekts wurde 1994 ein Minimalkonsens durch die Enquete-Kommission zum Schutz des Menschen und der Umwelt

verabschiedet:

- Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen darf die Regenerationsrate nicht überschreiten (Auffrechterhaltung ökologischer Leistungsfähigkeit).
- Nicht-erneuerbare Ressourcen dürfen nur solange genutzt werden, bis ein erneuerbarer Ersatz gefunden ist.
- (Schad-)Stoffeinträge sollen sich an der Belastbarkeit der Umwelt orientieren.
- Anthropogene Eingriffe müssen mit dem Reaktionsvermögen der Natur abgestimmt werden.

Wissenschaftler_innen nennen darüber hinaus das Vorsichtsprinzip als fünften, wichtigen Punkt. Demnach müsse die Unwissenheit der Menschen hinsichtlich der globalen Stoffkreisläufe und Rückkopplungsmechanismen bei Entscheidungen als Sicherheit eingerechnet werden.

Nachhaltiger Konsum

Die zuvor genannten Leitlinien wirken sich in besonderer Weise auf unseren alltäglichen Konsum und die unternehmerischen Formen des Wirtschaftens aus. Dies führt zum nächsten Aspekt, dem Handlungsfeld der ökonomischen Nachhaltigkeit. Sowohl in Unternehmen als auch bei den Verbrauchern wird umweltverträgliches und nachhaltiges Handeln oft als reiner Kostenfaktor angesehen [2] – Kosten, die unbewusst auf dem Rücken der Länder des globalen Südens ausgetragen werden. Nachhaltigkeit soll aber nicht als bloße Aufrechterhaltung wirtschaftlichen Kapitals verstanden werden, von dem zusätzlich noch etwas für den Umweltschutz ausgegeben werden muss. Vielmehr geht es in der nachhaltigen Ökonomie um einen grundsätzlichen Sinneswandel in der Managementphilosophie. Nachhaltiges Wirtschaften im engeren Sinne meint daher den Konsum und die Produktion von Gütern, die nicht nur eine Verbesserung der aktuellen Lebenssituation einer Bevölkerungsminderheit bewirken, sondern potenziell für alle Menschen zugänglich sind [4], sei es in Deutschland oder auf den Philippinen.

Die Realisierung dieses Ziels kann durch verschiedene, ineinandergreifende Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens erreicht werden. Durch Effizienzsteigerungen sollen bei der Produktion von Gütern gleichbleibender Qualität und Funktionsumfangs weniger Energie und natürliche Ressourcen verbraucht, sowie Schadstoffemissionen vermindert werden. Daran schließt das Prinzip der Konsistenz an, wonach ein Produkt bereits so gefertigt werden soll, dass es selbst und alle durch die Produktion entstandenen Abfallstoffe wieder in die Wertschöpfungskette eingehen. Alle technisch gefertigten Güter würden somit einem geschlossenen Produkti-

onskreislauf nach ökologischem Vorbild unterliegen, in dem faktisch keine Abfälle entstehen [2]. Beide dieser mittlerweile in der „grünen“ Marktwirtschaft angekommenen Prinzipien kommen nicht ohne ein drittes, weit unpopuläreres Element aus, dem der Suffizienz. Suffizienz zeichnet sich durch das Bemühen eines möglichst geringen Energie- und Rohstoffverbrauchs aus. Durch die Wahl nachhaltig produzierter Güter, die Vermeidung übermäßigen Konsums oder den gänzlichen Verzicht auf bestimmte, als unnötig erachtete Konsumgüter, sollen die negativen Auswirkungen auf die Umwelt gemindert werden. Ziel soll es sein, nicht auf das Notwendige zu verzichten, sondern mit dem Ausreichenden zufrieden zu sein [5].

Soziale Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit

Auf der Ebene sozialer Nachhaltigkeit rückt das Prinzip generationsübergreifender wie globaler Gerechtigkeit in den Vordergrund. Der Brundtland-Bericht zielt im Rahmen seiner Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs in erster Linie auf die Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse ab. Dies impliziert im weiteren Sinne die Armutsbekämpfung, die Regulierung des Bevölkerungswachstums, Chancengleichheit und die gerechte Ressourcenverteilung. Gerade in der Entwicklungspolitik werden bisweilen die ökologischen und sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit gegen die wirtschaftlichen ausgespielt. Oft heißt es, sozialer Ausgleich sei nur mit Wirtschaftswachstum zu erreichen. Erst wenn Länder, wie die Philippinen, ausreichend entwickelt seien, könnten sie sich dem Umweltschutz und der Einhaltung von Menschenrechten widmen. Das muss nicht sein.

Eine Strategie zur Erreichung globaler Gerechtigkeit ist neben dem bereits erwähnten Suffizienz-Prinzip die Umverteilung. Der Umverteilungsgedanke umfasst die Förderung einer von Geld unabhängigen Nachbarschaftswirtschaft (wie beispielsweise bei Sari-Sari-Stores oder Kooperationen), die Zügelung des wirtschaftlichen Wachstumszwanges in den Industrienationen und eine vorübergehende Wachstumsförderung in den Entwicklungsländern. Angepasst an die ökologische Tragfähigkeit des Planeten würden sich langfristig alle Länder auf einem moderaten Wachstumsniveau einpendeln [6].

Der ökologische Fußabdruck

Ein integratives Modell, welches alle Aspekte nachhaltiger Entwicklung kompromisslos zu vereinen versucht, ist der von Wackernagel und Rees entwickelte „ökologische Fußabdruck“. Er ist definiert als diejenige für Wohnraum, Ernährung und andere Ökosystemfunktionen benötigte Fläche, die erfor-

derlich ist, um den gegenwärtigen Lebens- oder Wirtschaftsstil bestimmter Bevölkerungsgruppen, Individuen oder Unternehmen aufrechtzuerhalten. Der ökologische Fußabdruck versteht sich als Indikator zur Schätzung der Tragfähigkeitsgrenze des Planeten. Gegenwärtig stünden jeder_jedem Erdenbürger_in in Abhängigkeit von der globalen Biokapazität durchschnittlich 1,8 Global-Hektar zu. Schon heute werden allerdings rund 2,8 Hektar Land pro Erdenbürger_in beansprucht [7].

Zur Veranschaulichung sozialer Ungleichheiten lässt sich die pro Staatsangehörige_n benötigte Fläche in Bezug zur weltweit verfügbaren Biokapazität setzen. Würden alle Menschen dieses Planeten den Lebensstil einer_eines Durchschnittsdeutschen mit einem ökologischen Fußabdruck von 5,1 Hektar pro Kopf führen, verlange dies nach rund 2,8 Erden. Sieben Milliarden US-Amerikaner_innen (8,0 Hektar pro Kopf) bräuchten sage und schreibe 4,8 Erden. Ein philippinischer Lebensstil (1,3 Hektar pro Kopf) beanspruchte hingegen gerade einmal 60 Prozent des weltweit Tragbaren.

Ein Blick in die Zukunft

Im Zuge des globalen Wandels werden die Philippinen aller Voraussicht nach an wirtschaftlichem Einfluss gewinnen und damit unweigerlich ihren ökologischen Fußabdruck vergrößern. Indem sich der Fußabdruck der Industrienationen verkleinert, könnte Nachhaltigkeit im Sinne einer global gerechten Ressourcen- und Produktionsmittelverteilung auch auf den Philippinen realisiert werden. Zusammen mit dem Schutz der vor allem durch Bergbau, Fischfang und Landwirtschaft gefährdeten natürlichen Ressourcen, einer breitgefächerte Um-

weltbildung, dem Ausbau des Fairen Handels, der Etablierung der ökologischen Landwirtschaft und des Ökotourismus sowie einer internationalen Beziehung auf Augenhöhe können solch ehrgeizige Ziele, wie das der ganzheitlichen Nachhaltigkeit, hoffentlich eines Tages auf der ganzen Welt verwirklicht werden.

Referenzen

- [1] Grober, Ulrich (2002): Tiefe Wurzeln: Eine kleine Begriffsgeschichte von 'sustainable development' - Nachhaltigkeit. *Natur und Kultur* 3 (1), S. 116–128.
- [2] Paech, Niko (2006): Nachhaltigkeitsprinzipien jenseits des Drei-Säulen-Paradigmas. *Natur und Kultur* 7 (1), S. 42–62.
- [3] Meadows, Donella; Randers, Jørgen; Meadows, Dennis; Held, Andreas (2009): Grenzen des Wachstums, das 30-Jahre-Update: Signal zum Kurswechsel. 3. Aufl. Hirzel, Stuttgart.
- [4] Belz, Frank-Martin; Karg, Georg; Witt, Dieter (2007): Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert. Metropolis-Verlag, Marburg.
- [5] Linz, Manfred (2004): Weder Mangel noch Übermaß: Über Suffizienz und Suffizienzforschung, *Wuppertal papers*, Bd. 145. Inst. für Klima Umwelt Energie, Wuppertal.
- [6] Sachs, Wolfgang; Santarius, Tilman (2005): Fair future: Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit - Ein Report. Beck, München.
- [7] Wackernagel, Mathis; Rees, William (1997): Unser ökologischer Fußabdruck: Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt. Birkhäuser, Basel.

Fortsetzung der Nachrichten von Seite 5

Zu wenig Land für Gemüsebau

Die unkontrollierte Ausdehnung von Bananenplantagen und die Erschließung neuer Bergbaugebiete gefährdet die Versorgung Mindanaos mit Nahrungsmitteln aus heimischer Produktion, sagte ein Vertreter der Gemüsepflanzer_innen. Auch kürzlich erschlossene Märkte in den Visayas und Südluzon könnten nicht mehr mit Gemüse aus Mindanao bedient werden. In einigen Regionen sei der Anbau von Gemüsesorten wie Brokkoli, Blumenkohl und Paprika zurückgegangen. In einer Region habe man zum Anbau von Bananen gewechselt. In den anderen Gegenden hätten viele Männer ihre Farmen verlassen, um ihr Glück im Bergbau zu versuchen.

vgl. Mindanews 14.08.2012

iPad auf dem Altartisch

Die Kirche auf den Philippinen zeigt sich aufgeschlossen gegenüber den social media, doch vom Gebrauch eines iPads oder Laptops als mobilen Ersatz für die Bibel und die Messbücher rät Bischof Baylon aus Legazpi seinen Priestern ab, wie er beim ersten Treffen der Katholischen Sozialen Medien sagte. *Die Messbücher und die Bibel seien ausschließlich für den Gebrauch am Altar bestimmt, das sei bei elektronischem Ersatz nicht der Fall. Im Notfall oder auf Reisen könnten sie aber gute Dienste leisten.* Er ermunterte jedoch die anderen Bischöfe und Priester, ihre Predigten in Blogs zu veröffentlichen und online Präsenz zu zeigen. Jugendliche sollten social media nutzen, um Gleichaltrige zu evangelisieren, schlug der Bischof vor.

vgl. CPCP 10.08.2012

Handel auf Panay

Neue Herausforderungen im fairen Handel am Beispiel des Purple Seller Shops in Iloilo City, Panay als Pilotprojekt für fairen Handel vor Ort

Von Debora Mendelin

Im Oktober 2008 eröffnete in Iloilo City auf Panay der erste Fair Trade Shop der Insel. In den Metropolen Manila und Cebu hat das Konzept bereits vor einigen Jahren Einzug gehalten. Der Purple Seller Shop (PSS), benannt nach einer Bibelgeschichte, war ein Projekt der Fair Trade Foundation-Panay (FTF-P). Die Stiftung bietet Dienstleistungen für lokale Kleinbetriebe an.

Bereits 1992 entstand das Panay Fair Trade Center (PFTC), welches erfolgreich hauptsächlich Bananenchips und braunen Rohrohrzucker an verschiedene Fair Trade-Firmen in Europa exportiert. 2007 wuchs daraus die Idee, den Mitarbeitenden des PFTC vor Ort, sowie anderen unabhängigen Kleinbetrieben und produzierenden Einzelpersonen der Region, Dienstleistungen in Form von Fortbildungen, Katastrophenhilfe und einem Raum zum Verkauf ihrer Produkte zu fairen Konditionen anzubieten. Im Zuge dessen wurde die FTF-P gegründet, die sich, anders als das privatwirtschaftliche Unternehmen PFTC, allein durch Spenden finanziert.

Mithilfe der europäischen Handelspartner wurde eine Möglichkeit geschaffen, einen kleinen Laden auf dem Gelände des Nationalbüros der baptistischen Kirche der Philippinen (Convention of Philippine Baptist Churches, CPBC) in Iloilo City zu eröffnen.

Schon bei den Vorbereitungen kam es zu Komplikationen: Ursprünglich war geplant, den Laden im August 2008 zu eröffnen. Durch die Überschwemmungen in der Region Iloilo im Juni 2008 musste die Eröffnung allerdings um zwei Monate verschoben werden. Alle Dokumente der Stiftung fielen dem Wasser zum Opfer und konnten nur zum Teil gerettet werden. Einige Dokumente mussten komplett erneuert werden.

Die verspätete Eröffnung im Oktober schließlich war ein voller Erfolg: Produzent_innen kamen, um ihre Produkte vorzustellen und viele Freund_innen der Organisation nahmen an der Eröffnungsfeier teil. Sie kauften Zucker und Ingwertee, aber auch Accessoires sowie Karten ein. Am Ende war die Hälfte aller Produkte verkauft.

Leider war dieser Erfolg nicht von Dauer: Bereits ein Jahr später konnte der Laden anders als ursprünglich geplant vergrößert werden, sondern musste weiterhin mit sehr wenig Platz auskommen, da die Kundschaft weitestgehend ausblieb.

Dies begründet sich wohl durch drei Faktoren: Erstens kann sich ein Großteil der Ilongg@s die Preise nicht leisten, die notwendig sind, um die Arbeitsstandards und einen gerechten Handel zu gewährleisten. Zum

Zweiten kam es mitunter zu Lieferproblemen bei landwirtschaftlichen Produkten aus ökologischem Anbau. Des Weiteren ist der Begriff "Fair Trade" auch bei den gebildeteren, kaufkräftigeren Gesellschaftsschichten in Iloilo kaum bekannt. Daher beschränkte sich die Kundschaft des Ladens weitestgehend auf die Nachbar_innen des Ladens, die Mitarbeitenden und Unterstützer_innen der evangelischen Kirchen und der linken Organisationen vor Ort sowie gelegentlichen Besucher_innen aus Übersee.

So konnten nach weiteren sechs Monaten selbst die geringen Mietkosten von umgerechnet 50 Euro nicht mehr bezahlt werden. Der Laden musste sich dem Druck beugen und bereits zwei Jahre später (Anfang 2010) wieder schließen.

Bald soll ein neuer Versuch gestartet werden, das Projekt in Iloilo City wieder aufleben zu lassen: Schon diesen Monat soll Philexport 6A, Inc. (mehr Informationen hierzu unter www.philexport.ph) dessen Präsidentin Ruth Fe Salditos, die auch Initiatorin des Fair Trade Ladens ist, einen Ausstellungsraum in der Innenstadt eröffnen, in dem dann auch der 'PSS' einen Platz zum Verkauf von Produkten wie braunem Rohrohrzucker, Bananenchips, Ingwerprodukten, Karten und lokaler Kunst bekommen soll. Die Miete wird wieder bei ca. 50 Euro liegen, aber Ruth Fe Salditos hofft auf mehr Glück: "Wir wünschen uns, dass wir dieses Mal Gewinne machen können, aber auch lernen, uns langfristig zu halten. Wenn also eine Erfolgsgeschichte über den PSS erzählt werden soll, glaube ich, dass es noch nicht an der Zeit ist, denn wir fangen gerade erst an uns hier in Iloilo zu etablieren."

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Projekt weiter entwickelt und ob es der Stiftung tatsächlich gelingen wird, die Ilongg@s vom fairen Handel zu überzeugen.

Kontakt zur weiteren Information oder Projektunterstützung: Ruth Fe Salditos, fairfdnp_2001@yahoo.com

Zur Autorin: Debora Mendelin hat bei der Fair Trade Foundation-Panay von September bis Oktober 2008 im Rahmen ihres Studiums ein Praktikum absolviert und den Laden mit eröffnet. Von 2006-2007 war sie Freiwillige im Rahmen des Programms der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Iloilo, Panay. Von September 2009 bis April 2010 hat sie an der UP-Visayas (University of the Philippines) Politikwissenschaft und Soziologie studiert.

Mikrokredite als Ausweg?

von Niklas Reese

In den Philippinen haben sich Mikrokreditaktivitäten in den vergangenen zehn Jahren stark verbreitet. 2009 sind mehr als 600 Anbieter aktiv gewesen. Große Banken haben eine eigene Mikrokreditabteilung aufgebaut, nachdem sie über Jahrzehnte Kleinkredite für unseriös und nicht profitabel gehalten haben. Allein von 2006 auf 2007 hat sich das Geschäftsvolumen von vier auf acht Mrd. Peso erweitert und drei Millionen Kreditnehmer_innen erreicht. Dabei sind die Millionen informelle Kleinstkredite unter Freunden, Verwandten, aber auch von informellen Geldverleihern (meist Indern und daher Bumbais genannt) nicht mit eingerechnet.

Dabei gibt es nicht *die* Mikrofinanzinstitutionen: konventionelle Banken achten vor allem auf den Profit, sehen in den Krediten Gewinn versprechende Geldanlagen und beschränken sich weitgehend auf die Kreditvergabe. Anders etwa *Oikocredit Philippines*, wo Kreditnehmer_innen auch beraten und in punkto Kompetenz- und Produktentwicklung unterstützt werden: Eine wichtige Dienstleistung, da die staatlichen Angebote im Bereich Wirtschaftsförderung für kleine und mittlere Unternehmen selten und mager ausgestattet sind und eher einer „symbolischen Politik“ entspringen. Mikrofinanzinstitutionen wie Oikocredit fungieren also als Ersatz für eine fehlende staatliche Start-up-Unterstützung.

Es fällt auf, dass der Mikrokreditansatz auch in den Philippinen zeitgleich mit der neoliberalen Sozialphilosophie massiv an Bedeutung gewonnen hat – eine Philosophie, die mit einer Redefinition der Rolle des Staates einhergeht: Dieser zieht sich zunehmend aus gesellschaftlich wichtigen Bereichen zurück beziehungsweise betrachtet sie nicht länger mehr als seine ureigenste Aufgabe. So werden öffentliche Güter und Aufgaben privaten Anbietern überlassen (etwa die Wasser- und Stromversorgung in Metro Manila, Davao und anderen großen Städten) und die Schaffung günstiger Investitionsbedingungen zur staatlichen Schlüsselaufgabe. Die Regierung Aquino hat Public-Private-Partnerships zu ihrem wirtschaftspolitischen Hauptanliegen gemacht und anstelle einer Sozialpolitik die Gewährung von *Conditional Cash Transfers* befürwortet. Mikrokredite sind in diesem Zusammenhang kein Mittel der Armutsbekämpfung, sondern dienen de facto der Individualisierung öffentlicher Schulden. Da dem Staat durch einen hohen Schuldendienst das Geld für Wirt-

schaftsprogramme und öffentliche Dienstleistungen fehlt, müssen sich die Menschen individuell verschulden, um die fehlende soziale Sicherung und Wirtschaftsförderung im informellen Sektor auszugleichen.

Studien zeigen, dass Mikrokredite meist als Ersatz für fehlende staatliche Ausgaben in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur eingesetzt werden, beispielsweise als Studienkredite, um einen Arztbesuch oder Krankenhausaufenthalt bezahlen, aber auch um eine Straße bauen zu können. Gleiches trifft auf die Kredite zu, die Bauern aufnehmen, weil es an einer ausreichenden staatlichen Förderung bei den Unterstützungsleistungen wie Dünger und Pestizide, Maschinen oder Personal mangelt, die per Gesetz integraler Bestandteil des Agrarreformprogramms CARP sein sollten.

Dass Mikrokredite aufgenommen werden, um wirtschaftlich aktiv werden zu können, ist nur ein Grund unter mehreren. Wo dies geschieht, gelingt der Aufbau solider Unternehmen mit Mikrokrediten jedoch kaum. Angaben von Mikrofinanzinstitutionen zufolge sind 80-90 Prozent ihrer Geschäftskund_innen im Einzelhandel und als Tante-Emma-Laden (*sari-sari store*) aktiv, die nur sehr geringe Gewinnmargen erzielen und wirtschaftlich kaum überleben. Nur 10-20 Prozent der Kund_innen können ihr Geschäft expandieren und in einem bis zwei Prozent der Fälle wird aus einem Kleinstunternehmer ein mittelständisches Unternehmen. Das ist allerdings auch auf eine Wirtschaftsförderung zurück zu führen, die sich weitgehend in konzernfreundlichen Instrumenten wie großzügigen Steuerermäßigungen oder staatlich gewährleisteter Gewerkschaftsfreiheit in Exportförderzonen erschöpft, Klein(st)unternehmen aber gänzlich vernachlässigt.

Da Kleinstunternehmen kaum Gewinne erwirtschaften, werden Mikrokredite nicht aus der „Mehrwertproduktion“ zurückgezahlt, sondern indem man den eigenen Verbrauch beschneidet, Familienmitglieder ohne Bezahlung einspannt oder (noch mehr) Überstunden leistet. Wo soll der Gewinn auch herkommen, wenn es selbst den potenziellen Kunden (Arme und wiederum Kleinstunternehmer_innen) an nötiger Kaufkraft mangelt? Märkte sind wegen „stabiler“ Nachfrage gesättigt. Wer noch einen Sari-Sari Store oder noch eine Kleinküche (*carindaria*) eröffnet, macht den Mit-

bewerber_innen die Kunden streitig und kann nur durch Öffnungszeiten rund um die Uhr das nötige Geld einnehmen.

Als (mitunter gepriesenes) Allheilmittel in der Armutsbekämpfung können Mikrokredite nicht dienen. Nur strukturelle Reformen und eine gerechte Ressourcen(um)verteilung schaffen erst die Voraussetzung, dass Menschen unternehmerisch aktiv werden und Mikrokredite produktiv nutzen können: Den Millionen von Landlosen und Landarbeiter_innen helfen keine (Mikro-)kredite, ihnen hilft nur die konsequente Umsetzung des auf dem Papier recht ansehnlichen Agrarreformprogramms CARP. Faire Landverteilung reduziert Armut flächendeckender als Mikrokredite. Und diejenigen Bauern, die Land bekommen haben, können ohne die Bereitstellung flankierender ökonomischer Maßnahmen (Ausbau von Infrastruktur und Ver-

marktungschancen, Weiterbildung) wirtschaftlich kaum überleben. Solange sich ihr „ökonomisches Umfeld“ nicht bessert, droht ihnen oft sogar wieder der Verlust des Landes.

Schließlich bleiben die ärmsten Sektoren außen vor und erhalten nicht einmal Mikrokredite. Die nämlich werden ohnehin nur denjenigen gewährt, von denen man eine Rückzahlung erwarten kann – Menschen mit halbwegs unternehmerischen Fähigkeiten. Diese wiederum sind in der Regel nur durch Ausbildung und Berufserfahrung zu erwerben und das kostet Geld. Wer nicht jung, ausgebildet, selbsthilfefähig und unternehmerisch gesinnt ist, hat das Nachsehen.

Exklusiver Vorabdruck aus der Ende September erscheinenden, völlig überarbeiteten und aktualisierten Neuauflage des Handbuchs Philippinen. Weitere Informationen zum Buch unten.



Das **Handbuch Philippinen** erscheint im September 2012 in vierter, komplett überarbeiteter Auflage.

Die Herausgeber Niklas Reese und Rainer Werning haben das Handbuch komplett überarbeitet, aktualisiert und um neue Themen ergänzt (u.a. Klimawandel, Energiepolitik).

Die verschiedenen Autor_innen aus den Philippinen und Deutschland beleuchten die Geschichte, politische und soziale Gegenwart, Umwelt, Wirtschaft und Kultur – kurz: Land und Leute.

„Das Standardwerk“ (Die Wochenzeitung) richtet sich an alle, die sich umfassend über die Philippinen informieren möchten.

Wer das Buch mit dem Hinweis „Fisch+Vogel“ bis zum 16. September bestellt, erhält das Buch portofrei zugesandt.

Bestellungen bitte direkt an vertrieb@asienhaus.de

ISBN 978-3-89502-339-2
500 Seiten, Broschur
zahlreiche s/w-Fotos
19,90€

Zur nachhaltigen Wirkung von Studienreisen in die Philippinen im Kontext von Solidaritätsarbeit

Beobachtungen und Anmerkungen

von Dieter Zabel

Als Bildungsreferent beim Internationalen Katholischen Missionswerk missio München habe ich im Kontext solidarischer Beziehungen mit kirchlichen Partnern regelmäßig Studienreisen in die Philippinen geplant und begleitet.

Dabei leitet mich die Überzeugung, dass Reisen ein hervorragendes Format intensiver Bildungsarbeit mit anhaltenden Wirkungen für die Reisenden wie die Besuchten sind. Beide Seiten können dabei wichtige Anstöße für eine nachhaltige Gestaltung ihres Lebens in der Einen Welt gewinnen. Die Themen setzt das Leben: der Alltag langjähriger Partner_innen, Erfahrungen im weltkirchlichen Austausch zu "Gerechtigkeit - Frieden - Bewahrung der Schöpfung" und das Interesse der Teilnehmenden, ihren Horizont durch persönlichen Kontakt mit Einheimischen im Zielland zu erweitern.

Die Konzeption der Reisen folgt dem methodischen Ansatz von Exposure und Immersion. Dazu gehört, sich so nah wie möglich der Alltagsrealität der Besuchten auszusetzen und in sie einzutauchen, um ihre Lebensbedingungen hautnah zu erfahren und auf sich wirken zu lassen. Das Erlebte wird nach der Rückkehr als Ressource zur Entwicklung zukunftsfähiger Lebensweisen in das eigene Lebensumfeld integriert. Dieses idealtypische Konzept muss der Tragfähigkeit der Teilnehmenden angepasst sein, um sie nicht zu überfordern und die Offenheit für neue Erfahrungen nicht in Angst oder (innere) Ablehnung umschlagen zu lassen ohne Lernprozesse zu blockieren. Die Gruppengröße kann das unterstützen: Bei maximal 15 – ideal etwa acht Reisenden – und intensiver gemeinsamer Vorbereitung wird die Gruppe zur Halt gebenden und inspirierenden Gemeinschaft. Die Gastgebenden ihrerseits können das Management von Transport und Unterbringung leicht bewältigen, sich auf die individuellen Profile der Teilnehmenden gut einstellen und die Vielfalt ihrer Biografien, Erfahrungen und Kenntnisse für ihr Lernen nutzen.

Die UN-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 hat Nachhaltigkeit als Ziel menschlicher Entwicklung weltweit auf die Tagesordnung gesetzt. Für 2005

bis 2014 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2002 die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. Aus einem Prinzip der Forstwirtschaft hat sich Nachhaltigkeit zu einem Leitbild für das 21. Jahrhundert entwickelt. Der Kerngedanke: Zukünftige Generationen sollen dieselben Chancen auf ein erfülltes Leben haben wie die jetzt lebenden. Gleichzeitig müssen Chancen für alle Menschen auf der Erde fairer verteilt werden. Nachhaltige Entwicklung verbindet wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der natürlichen Umwelt. (Bericht als PDF s. <http://tinyurl.com/fuv78IIS>).



Quelle: UNESCO

In diversen Einzelkontakten mit früheren Teilnehmenden an meinen Studienreisen stelle ich immer wieder erfreut fest, welche andauernden Nachwirkungen die Reisen auslösen. Mitreisende erzählen spontan noch nach Jahrzehnten fortwirkende Schlüsselerlebnisse, die sie beeindruckt und ihr Leben teilweise verändert haben. Zwanzig Jahre nach einer Reise trafen sich alle Teilnehmenden zu einem Tag lebendigen und herzlichen Austausches über Erlebnisse von damals und Wirkungen in ihrem Leben heute. Die Reise in der kleinen Gruppe hatte Beziehungen gestiftet. Sechs

Jahre nach einer gemeinsamen Erfahrung in den Philippinen ließen sich Mitglieder einer Reisegruppe umgehend zu einer finanziellen Unterstützung für damals besuchte Partner_innen bewegen. Mit ihrer Hilfe überbrückten sie kurzfristig den ausgefallenen Zuschuss einer Hilfsorganisation und verhinderten damit, dass die ohnehin schwierige Arbeit der Partner_innen aus finanziellen Gründen zum Erliegen kam. Generell hat die Teilnehmenden die erlebte Gastfreundschaft sehr berührt und bewegt, ihren Umgang mit Gästen zu Hause entsprechend zu gestalten.



Austausch über Erfahrungen der Reise und ihre Einordnung mit Partnern bei Bischof Pabillo (Stirnseite mit dem Autor), März 2012. Quelle: Dieter Zabel

Um mit dem besuchten Land und seinen Menschen in Verbindung zu bleiben, nehmen manche Reiseteilnehmenden seither an der jährlich stattfindenden Ökumenischen Philippinen Konferenz teil. Andere sind Mitglied des Philippinenbüros geworden. Einige haben ihre Kenntnisse und Erfahrungen bei weiteren Studienreisen erweitert, vertieft und gefestigt. Fast alle haben nach eigenen Angaben ihren Horizont geweitet und ihren Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen und Zustände geschärft. Nachrichten und Berichte aus anderen Weltregionen nehmen sie aufmerksamer wahr, können Konzepte wie Gerechtigkeit und Frieden mit anschaulichen Beispielen konkretisieren, sind offener in Beziehungen und kritischer beim Einkauf. Nicht zuletzt sind sie ermutigt durch Erfahrungen mit Kirchen, die sie eher als Akteure in politisch relevantem Engagement für Benachteiligte und hoffnungsvollen Initiativen erlebt haben. Sie weiten somit ihr Gesichtsfeld. Die Kirche daheim sehen sie hingegen stärker auf den Erhalt ihrer sozialen Position und auf ethisch-moralische Fragen verengt.

Die Besuchten haben durchweg Wertschätzung dafür ausgedrückt, dass die Reisenden viel Mühe und Kosten auf sich genommen hätten, um zu ihnen zu kommen und sich für sie und ihre Fragen, Probleme, Ängste, Hoffnungen und Pläne zu interessieren. Sie hätten ihren Urlaub bequemer und billiger verbringen können. Oft wird hinzugefügt, dass aus ihrer Hauptstadt Manila noch niemand zu ihnen gekommen sei. Schließlich nutzen sie gerne die Gelegenheit, mangels eigener Reisegelegenheit den Besucher_innen Fragen zu stellen und sich mit ihnen über existenzielle Themen auszutauschen. Vor allem artikulieren sie das stärkende Gefühl, nicht vergessen zu sein.

Erneute Besuche – mit ihrer verbindlichen Kommunikation im Vorfeld – bieten die Chance, entstandene Beziehungen zu festigen, das Erlebte zu intensivieren, Entwicklungen wahr zu nehmen, Wissen um Hintergründe und Zusammenhänge zu vertiefen und zu differenzieren, Verbindungen zu stabilisieren und so Partner_innen in ihrer oft schwierigen und nicht selten gefährlichen Lage moralisch zu unterstützen. Eine nachhaltige Wirkung wird sicher durch Kontinuität in Partnerbeziehungen gefördert. Wenn die verantwortliche Person der philippinischen Seite schon in Deutschland war, ein Gespür für sozio-kulturelle Ausgangsbedingungen der Besucher_innen hat und von deren Seite mit einer schon vertrauten Person den Besuch planen kann. Auch Erfahrungen mit Gruppen aus anderen Staaten kommen natürlich den Programmen und Lernprozessen zugute.

Kommt es zum Gegenbesuch in Deutschland, werden die Lernmöglichkeiten beider Seiten stark erweitert. Der Rollen- und damit verbundene Perspektivenwechsel verlangt und ermöglicht auf beiden Seiten eine gesteigerte Sensibilität für Bedürfnisse und Begrenzungen der Besucher_innen wie auch der Besuchten. Eine genauere Wahrnehmung des jeweils eigenen Landes führt im Idealfall zu einer partiellen Horizontverschmelzung. Die anfangs eher technisch dimensionierte Ansprech-Partnerschaft kann um geistige, spirituelle, politische und ökonomische Aspekte erweitert in Richtung einer vieldimensionalen Gemeinschaft im Horizont der Einen Welt weiter wachsen.

Der Autor hat von 1986 bis 2012 zehn Studienreisen in solidarischer Beziehung mit Partner_innen in den Philippinen geplant und begleitet. Dieser auf persönlichen Beobachtungen beruhende Beitrag möchte die Leser_innen zu Reaktionen einladen und womöglich eine vertiefte und erweiterte Untersuchung des Themas etwa im Vergleich mit Reisen in ein anderes Land anregen.

Interview mit Michael Reckordt zum Umzug des philippinenbüros

Seit wann besteht das philippinenbüro und seit wann ist der Sitz in Essen?

Das philippinenbüro existiert seit 1987. Damals haben sich auf einer Gründungskonferenz vom 3. bis 5. Juli in Frankfurt am Main 16 Personen und Initiativen für die Gründung des Büros in Köln ausgesprochen. Neun sind übrigens noch heute Mitglied im Verein. Wir haben dann am 16. Oktober 1987 unsere Büros im Sachsenring in Köln bezogen. Daher feiern dieses Jahr im September unser 25-jähriges Bestehen. In Essen waren wir von 1995 bis September 2012 ansässig. Soweit ich weiß – ich kenne das philippinenbüro erst seit 2006 und seit Ende 2008 arbeite ich im Büro – ist die Entscheidung damals sehr knapp zu Gunsten des Zusammzugs nach Essen ausgefallen.

Wann und wie entstand die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Asienhaus?

Der zentrale Gedanke war die Bündelung von Kräften. Zusammen mit dem Korea-Verband und der Südostasien-Informationsstelle sowie interessierten Einzelpersonen wurde schon 1992 die Asienstiftung gegründet, die ab 1995 als Trägerin des Asienhauses fungierte. Mit den beiden Vereinen und der Stiftung teilen wir sicherlich viele Ideen für eine gerechtere, öko-soziale Welt, in der sich Partner_innen aus Deutschland und Europa sowie den Philippinen und Asien auf Augenhöhe austauschen können. Dem Zusammenzug lag aber auch die sehr pragmatische Entscheidung zu Grunde, dass die Finanzierung von Solidaritäts- und politischer Bildungsarbeit zu Ländern Asiens immer schwieriger wurde. Durch gemeinsame Buchhaltung, Vertriebsstrukturen und Außendarstellung (u.a. die Homepage www.asienhaus.de) sollten finanzielle und personelle Ressourcen gespart werden.

Was sind die Gründe für den Umzug des Asienhauses, der jetzt ansteht?

Nach 17 Jahren in Essen haben wir mehr und mehr erfahren müssen, dass unsere Anknüpfungspunkte bei der kritischen Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit in Essen an seine Grenzen stoßen. Wir erhoffen uns von einem Umzug nach Köln – der übrigens schon 1995 als ein Standort in der engeren Auswahl war – neue Impulse für unsere Arbeit, eine bessere ehrenamtliche Anbindung an unsere Mitglieder und einen stetigeren Austausch mit Vereinen wie FIAN Deutschland, dem Eine-Welt-Netz-NRW oder dem Tatort – Straßen der Welt e.V. Leider können wir aufgrund der höheren

Mieten die Bibliothek nicht mit nach Köln nehmen. Wir haben sehr lange nach einer akzeptablen Möglichkeit gesucht, die vielen Bücher und Zeitschriften woanders unterzubringen, wo sie weiterhin öffentlich zugänglich sind. Mit der Universitätsbibliothek der Goethe-Universität in Frankfurt ist uns ein guter Kompromiss gelungen, denn dort wird die Bibliothek ab September 2012 zu finden sein.

Was waren wichtigen Meilensteine in 25 Jahren Philippinen-Solidaritätsarbeit?

Die Solidaritätsarbeit mit den Philippinen ist viel älter als das philippinenbüro. Die ÖPK hat vorletztes Jahr schon ihren 30. Geburtstag gefeiert und auch agphi, eine der ersten politischen Soli-Gruppen wurde 1980 gegründet, existiert im Gegensatz zur ÖPK aber heute leider nicht mehr.

Aber selbst auf das philippinenbüro fokussiert ist die Frage nach Meilensteinen schwer zu beantworten. Da ich selbst nur die letzten vier, fünf Jahre aktiv miterlebt habe, möchte ich den vielen langjährigen Mitgliedern und Aktiven nicht Unrecht tun und mich direkt auf die letzten Jahre konzentrieren.

Als Meilensteine wären da sicherlich die Gründung des Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) zu nennen sowie die beiden vom AMP ausgerichteten Konferenzen 2008 und 2011. Auf beiden ist es uns gelungen, die beiden Lager der philippinischen Zivilgesellschaft miteinander diskutieren zu lassen.

Ein anderer Meilenstein für den Verein ist sicherlich die Herausgabe des „Handbuch Philippinen“, weil die Publikation erstmals einen Überblick über die Philippinen gab, der nicht eng mit der Soli-Arbeit der ersten Generation verbunden war (wie zum Beispiel noch im Buch: „Manila – Frankfurt und zurück“). Im September 2012 wird die vierte und völlig überarbeitete Neuauflage erscheinen (s. S. 11) und viele neue und junge Aktive haben mitgeschrieben. Auch das stetig wachsende Interesse der so genannten „Second Generation“, also Deutschen mit philippinischen Eltern(teilen), ist für mich immer wieder sehr aufbauend.

Wie kam es zur Zusammenarbeit mit der vor einigen Jahren neu geschaffenen Stelle des Aktionsbündnisses Menschenrechte? Hat sich die Angliederung bewährt?

Das AMP wurde 2007 von uns zusammen mit einigen Hilfswerken (Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Misereor, Missio München und

der Vereinten Evangelischen Mission) ins Leben gerufen. Neben den Gründungsorganisationen ist 2009 auch Amnesty International beigetreten. Das AMP ist eine klassische Win-Win-Situation, würde ich sagen. Zum einen profitieren die Hilfswerke von einer stärkeren Koordinierung ihrer menschenrechtlichen Aktivitäten in den Philippinen. Zusätzliche Arbeit mit Protestbriefen, Lobbytreffen, Reaktionen und Pressemitteilungen werden ihnen und auch dem philippinenbüro abgenommen. Darüber hinaus gibt eine gemeinsame Koordination die Möglichkeit, Cluster und Strukturen viel systematischer zu erkennen. Das philippinenbüro profitiert zudem durch eine gesteigerte Aufmerksamkeit. Ohne die finanzielle Unterstützung des Projekts durch die gemeinsamen Träger wäre diese systematische Menschenrechtsarbeit nicht machbar.

Schwierig ist es sicherlich, unseren „Erfolg“ zu messen. Politische Morde, Verschwindenlassen, Drohungen und Einschüchterungen finden immer noch statt. Aber unsere philippinischen Partner fragen gezielt nach Hilfe und Unterstützung und nutzen unsere Expertise oder den internationalen Druck, den wir versuchen aufzubauen, für ihre Arbeit. Wenn dann bei einer UN-Sitzung wie dem Universal Periodic Review zu den Philippinen – also der regelmäßigen kritischen Begutachtung der Menschenrechtssituation – Länderdelegationen unsere Fragen und Forderungen übernehmen, zeigt das ja auch, auf welchem hohen Niveau wir arbeiten.

Wie wird es in Köln weitergehen? Welche Veränderungen ergeben sich durch den Umzug?

Zum einen werden wir wie erwähnt ohne Bibliothek auskommen müssen. Unsere Räumlichkeiten werden insgesamt kleiner werden, sowohl fürs Asienhaus als auch für unser Büro. Dazu kommt eine nicht unerhebliche Kostenbelastung, die so ein Umzug mit sich bringt. Aber wir hoffen, dafür in Zukunft häufiger öffentliche Veranstaltungen und Vorträge organisieren zu können, die dann auch besser besucht sein werden als in Essen. Zudem freuen wir uns schon auf den Austausch mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Köln und Umgebung.

Inwiefern ist eine solche Solidaritätsarbeit mit langfristiger Perspektive auch eine Form der Nachhaltigkeit?

Was natürlich wichtig ist, ist der langjährige Austausch mit unseren Freund_innen in den Philippinen. Ohne den Austausch, die Diskussion und dem gegenseitigen Respekt könnten wir unsere Arbeit nicht machen. Dem philippinenbüro geht es ja nicht

nur darum, über die Philippinen zu berichten, sondern auch zusammen mit Organisationen vor Ort Veränderungen in den Philippinen und in Deutschland zu bewirken. Eine Rohstoffstrategie der deutschen Bundesregierung, auch wenn sie nicht die Philippinen direkt betreffen, unterstützt eine ungleiche Verteilung von Rohstoffen und den negativen Auswirkungen des Abbaus. Hier können wir ansetzen und zusammen mit unseren philippinischen Partnern für eine gerechtere Welt kämpfen, wenn auch unsere spezifischen Anliegen andere sind, das Oberziel ist dasselbe.

Um unsere politische Arbeit nachhaltig zu gestalten, sind zwei Dinge zentral: Junge und alte Menschen, die an den Philippinen interessiert sind und sich gerne auch aktiv einbringen wollen, die als Multiplikator_innen Vorträge halten, Texte schreiben, ihre Erfahrungen mit uns teilen oder einfach nur an einem verregneten Donnerstagnachmittag im Büro mithilfe Briefe einzutüten. Auf der anderen Seite ist es ebenfalls wichtig, dass der Verein ein gesundes, finanzielles Fundament besitzt. Wir haben mittlerweile über 180 Mitglieder, die durch ihre Mitgliedsbeiträge helfen, unsere Arbeit zu verstetigen und weiter zu entwickeln. Sollte dies jemand lesen und noch kein Mitglied sein, würden wir ihn oder sie gerne einladen, denn jedes neue Mitglied hilft uns. Mitgliedsbeiträge sind wie Spenden sogar steuerlich absetzbar und die Zeitschrift *südostasien* gibt es obendrein noch dazu.

Was wäre dein Wunsch für die Zukunft der Arbeit des philippinenbüros und des Asienhauses?

Für das philippinenbüro wünsche ich mir auf jeden Fall weitere 25 Jahre aktive und erfolgreiche Arbeit und das sich weiterhin junge Aktivist_innen für unsere Arbeit interessieren. Das gleiche natürlich auch dem Asienhaus, denn ich denke, dass Asien und Europa sich in den nächsten Jahren viel stärker auf Augenhöhe begegnen werden und wir einen gemeinsamen Austausch und gemeinsame Ideen verwirklichen können und unter Umständen auch dazu gezwungen werden.

Ein anderer Wunschtraum wäre auch eine_n Milliardär_in (oder ein paar Millionär_innen), die_der eine Stiftung einrichtet und unsere personellen Stellen für lange Zeit absichert. Denn Stellen über Projektideen hinaus zu finanzieren ist und bleibt weiterhin eine große Herausforderung.

Lieber Michael, vielen Dank für dieses Interview!

Das Interview führte Carolin Blöcher, Redaktion Fisch und Vogel.

„Wohlwollende Assimilierung“

4. Juli 1902: Vor 110 Jahren endete der Amerikanisch-Philippinische Krieg, nachdem die philippinischen Revolutionäre zuvor die langjährige spanische Kolonialmacht besiegt und die erste Republik in Asien ausgerufen hatten.

Von Rainer Werning

„Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermessliche Märkte. Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.“

- Der aus dem US-Bundesstaat Indiana stammende republikanische Senator Albert Jeremiah Beveridge am 9. Januar 1900 in seiner Rede vor dem US-Kongress

Ende des 19. Jahrhunderts waren amerikanische Siedler_innen bis an die Westküste vorgedrungen. Seit etwa 1890 wurde es laut um den Stillen Ozean. Die Weite dieses größten Weltmeeres beflügelte hitzige Debatten: Sollten die Amerikaner dieses Meer – mit Berufung auf den Herrn – zur amerikanischen See machen? Diese Streitfrage spaltete die Vereinigten Staaten in sogenannte Isolationisten und Interventionisten beziehungsweise Imperialisten. Erstere meinten, die USA genügte sich selbst und ihr Territorium stelle einen ausreichend großen Binnenmarkt dar. Die Befürworter eines Imperialismus waren Leute unterschiedlicher Provenienz – Geistliche, Politiker_innen, Geschäftsleute und Intellektuelle –, die im Wettstreit mit den europäischen Kolonialmächten nicht zu kurz kommen wollten.

Isolationisten kontra Imperialisten

Der Drang in den „Wilden Westen“ beruhte auf der ungestümen wirtschaftlichen Entwicklung an der Ostküste der Vereinigten Staaten. Die Industrialisierung beschleunigte die Konzentration und Expansion von Kapital, das lukrative Anlagemöglichkeiten und neue – notfalls auch fremde – Märkte suchte. Einziger ernst zu nehmender Konkurrent der aufstrebenden Vereinigten Staaten war Spanien, das sich seit dem 16. Jahrhundert in Südamerika, in der Karibik und in den Philippinen als Kolonialmacht festgesetzt hatte. Um 1900 jedoch war Spaniens Imperium bereits beträchtlich geschrumpft; frühere Kolonien wie Mexiko und Argentinien waren längst unabhängig geworden. Lediglich Puerto Rico, Kuba, die Inseln Guam und die Philippinen im Pazifischen Ozean befanden sich noch in spanischem Besitz. Doch auch in diesen Regionen schwächten antikoloniale Revolten die einst sieggewohnten Konquistadoren.

Am 15. Februar 1898 erhitzte ein ungeheuerlicher Vorgang in den Gewässern vor der kubanischen Hauptstadt Havanna die Gemüter in den Vereinig-

ten Staaten. Das amerikanische Kriegsschiff USS Maine flog buchstäblich in die Luft. Für amerikanische Militärs und Politiker_innen stand außer Frage: Die Spanier hatten einen Sabotageakt verübt. Jedenfalls lieferte das Schicksal der Maine den Vorwand, endlich gegen die spanische Kolonialmacht loszuschlagen. „Remember the Maine!“ – „Erinnert Euch an die Maine!“ – wurde zum gängigen Schlachtruf der Interventionisten. Innerhalb weniger Wochen erlangten US-amerikanische Marineverbände und Bodentruppen die Oberhoheit über Kuba und verleibten sich Puerto Rico ein. Gleichzeitig annektierten sie im Pazifik das bisher unabhängige Hawaii und die Insel Guam, während das Pazifikgeschwader unter dem Befehl von Kommodore George Dewey die spanische Flotte in der Bucht von Manila aufrieb. Die Hoffnungen der anti-spanischen Revolutionäre, die mächtigen USA stünden ihnen in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit zur Seite, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil: Die Vereinigten Staaten avancierten selbst zu einer Kolonialmacht.

Glühende Imperialisten wie der erwähnte Senator Beveridge interessierte nicht, dass der philippinische General und damalige Revolutionär Emilio Aguinaldo bereits am 12. Juni 1898 die erste Republik Asiens ausgerufen hatte. (Später legte derselbe Aguinaldo den Treueid auf das Sternenbanner ab und huldigte die USA als „machtvolle Hüterin“ seiner Heimat, der Auftakt einer Serie fataler Kollaborationen.) Pech für die Filipin@s; diese Unabhängigkeit war kurzlebig. Die Fernostflotte der U.S. Navy hatte zwar einige Wochen zuvor binnen weniger Stunden des 1. Mai 1898 die maroden spanischen Kriegsschiffe in der Manila-Bucht außer Gefecht gesetzt. Doch erst Ende Juni betraten US-amerikanische GIs philippinischen Boden – faktisch ein unabhängiges Land.

„Pazifizierung“ in großem Stil

Die Filipin@s leisteten auch den neuen Kolonialhe-

ren erbittert Widerstand. Um diesen zu brechen, begannen amerikanische Truppen mit der sogenannten „Befriedung“ der Inseln: Die Folge war der Amerikanisch-Philippinische Krieg. Er begann am 4. Februar 1899 und endete offiziell am 4. Juli 1902. Im Süden der Philippinen, in der Sulu-See und auf der Insel Mindanao, deren Bevölkerung vorwiegend muslimisch war, dauerte die amerikanische „Befriedung“ indes bis 1916.

In diesem bis dahin größten Kolonialmassaker in Südostasien wurde die damals gut sechs Millionen Menschen zählende Bevölkerung der Philippinen buchstäblich dezimiert. Einige Schätzungen sprechen sogar von über einer Million niedergemetzelten Filipinos. Es war der erste Guerillakrieg in Asien, in den insgesamt etwa 150.000 GIs der US-amerikanischen Streitkräfte verstrickt waren und in dem auch knapp 4.200 Mann ihrer Truppen getötet wurden. Während des Krieges erprobte die neue Kolonialmacht sämtliche Methoden der „Aufstandsbekämpfung“, die später in Korea und Vietnam „verfeinert“ werden sollten – von Nahrungsmittelblockaden bis hin zum *strategic hamletting*, der Errichtung sogenannter „strategischer Weiler“. Dadurch sollten die Außenkontakte von Menschen in einer bestimmten Region eingeschränkt beziehungsweise genau überwacht werden. Zu diesem Zweck wurde das Gebiet streng patrouilliert, mit Stacheldraht umzäunt und die Bevölkerung ange-

wiesen, eine Seitenwand ihrer – meist aus Bambus oder Nipa gefertigten – Häuser zu entfernen, um diese „durchsichtig“ zu machen. Ziel war es, die Zivilbevölkerung von potenziellen „Aufrührern“ zu trennen. Später nannte man dies: „der Guerilla das Wasser abgraben“.

Im „Mutterland“ selbst war diese Art Außenpolitik keineswegs unumstritten. Scharfe politische Proteste gegen den Krieg in den Philippinen hagelte es seitens der rührigen Antimperialistischen Liga. Deren Vizepräsident war von 1901 bis zu seinem Tode 1910 der mittlerweile berühmte Schriftsteller Samuel Langhorne Clemens alias Mark Twain. Er begründete seine Haltung mit den Worten: „Noch vor einem Jahr war ich kein Antimperialist. Ich dachte, es sei eine großartige Sache, den Filipinos ein großes Stück an Freiheit zu geben. Heute allerdings glaube ich, es ist besser, dass die Filipinos sich selbst darum kümmern.“

Der Autor ist Ko-Herausgeber des im September in 4., aktualisierter und erweiterter Auflage im Berliner Horlemann Verlag erscheinenden Handbuch Philippinen – Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.

Literatur

James H. Blount: *The American Occupation of the Philippines*, 1898-1912. New York/London: Knickerbocker Press, 1913.

Jim Zwick (ed.): *Mark Twain's Weapons of Satire: Anti-Imperialist Writings on the Philippine-American War*. Syracuse: Syracuse University Press, 1992.

Messianisches Sendungsbewußtsein

Bevor US-Präsident William McKinley am 21. Dezember 1898 die Annexion der Philippinen öffentlich als „Wohltuende Assimilierung“ (Benevolent Assimilation) proklamierte, hatte er vier Monate zuvor in einer Ansprache an eine Gruppe protestantischer Geistlicher begründet, warum sich die USA des Archipels bemächtigen mussten:

„In Wahrheit wollte ich die Philippinen nicht, und als wir sie als Geschenk der Götter bekamen, wusste ich nichts mit ihnen anzufangen. Ich lief Abend für Abend bis Mitternacht im Weißen Haus umher; und ich schäme mich nicht zu gestehen, dass ich niederkniete und den Allmächtigen mehr als einmal um Licht und Führung anging. Und eines Abends spät dämmerte es mir:

Erstens, dass wir sie nicht an Spanien zurückgeben könnten - das wäre feige und unehrenhaft;

Zweitens, dass wir sie nicht Frankreich oder Deutschland - unseren Handelsrivalen im Osten - überlassen konnten; das wäre schlechter Geschäftsstil und diskreditierend;

Drittens, dass wir sie nicht einfach sich selbst überlassen konnten; sie waren nicht reif für die Selbstregierung, sie hätten dort bald Anarchie und eine schlimmere Misswirtschaft gehabt, als es die spanische war;

Viertens, dass uns nichts übrig blieb, als die Filipinos zu erziehen, sie emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren und mit Gottes Gnade das Beste für sie zu tun wie für unsere Mitmenschen, für die Christus ebenso gestorben ist.

Dann ging ich zu Bett und schlief ein und hatte einen gesunden Schlaf. Am nächsten Morgen ließ ich dann den Chefindingenieur des Kriegsministeriums, unseren Kartographen, rufen und befahl ihm, die Philippinen auf die Landkarte der Vereinigten Staaten zu setzen, und dort sind sie, und dort werden sie bleiben, solange ich Präsident bin.“

Der Fall Fausto

Eine Stellungnahme

Von Fr. Peter Geremia, PIME

Aufruf an Präsident Aquino, die verantwortlichen paramilitärischen Gruppen zu entwaffnen und die Ermittlungen weiterzuführen, um die militärischen Führer und Hintermänner zu ermitteln.

Noch immer gibt es keine Fortschritte bei der Strafverfolgung der Verdächtigen an der Ermordung des italienischen Missionspriesters Fausto Tentorio, PIME (Päpstliches Institut für die auswärtigen Missionen), der am 17. Oktober 2011 auf dem Gelände seiner Pfarrei erschossen wurde. Der Mord an Fr. Fausto Tentorio ist zu einem der aufsehenerregendsten Fälle außergerichtlicher Tötung geworden. Der professionell ausgerüstete Killer schien sich sicher zu sein, dass er von niemandem aufgehalten oder verfolgt werden würde, auch wenn zum Zeitpunkt der Tat viele Menschen, sogar Polizei und Militär anwesend waren.

Präsident Aquino ordnete die Bildung einer Task Force "Fausto" durch das Nationale Ermittlungsbüro (NBI) an, die die Täter verfolgen, den Tathergang rekonstruieren und Augenzeugen verhören sollte. Neben der vom Präsidenten eingesetzten Task Force leitete auch die Diözese Kidapawan zusammen mit dem Orden des getöteten Priesters Ermittlungen ein. Am 13. Dezember identifizierte ein Zeuge Jimmy und Robert Ato als Täter. Das NBI verhaftete Jimmy Ato und gab bekannt, dass er der Schütze gewesen sei. Kurz darauf unterschrieb Jimmy Ato allerdings eine Stellungnahme, dass er nur Wache gestanden habe. Am 14. Februar 2012 erhob das NBI Anklage gegen die Ato-Brüder, ebenso wie Jose und Dima Sampulna, und kündigte an, in Kürze die Drahtzieher anzuklagen.

In der Zwischenzeit tauchten weitere Zeug_innen auf. Die Anwälte der Diözese Kidapawan und der PIME-Brüder reichten am 12. April Anklage gegen Jimmy und Robert Ato sowie Jan Corbala "alias Kumander Iring" und vier weiterer Mitglieder einer gewissen bewaffneten Bagani-Spezialeinheit ein. Einer der NBI-Zeugen zog seine Anschuldigungen gegen die Sampulna-Brüder zurück, da er zu falschen Aussagen gezwungen worden sei.

Die privaten Ermittler bestätigten die Verdächtigungen gegen die paramilitärische Bagani-Truppe, die nach Beobachtungen der einheimischen Bevölkerung vom Militär als Spähtrupp und Helfer für schmutzige Aufgaben eingesetzt wird. In einem Telefonat mit Bischof Dela Cruz sagte Innenminister Jesse Robredo, die „Bagani“-Gruppe existiere nicht als offizielle Einheit der Armee, man könne also auch nicht gegen sie ermitteln. In der Zwischenzeit führte der Staatsanwalt der Provinz Kidapawan die Untersuchungen weiter und vernahm am 09. Juli weitere Zeugen.

Viele Gründe deuten darauf hin, dass einflussreiche Persönlichkeiten die Ermittlungen blockierten und in die falsche Richtung zu lenken. So ist gegen die von mehreren Zeug_innen benannten Verdächtigen immer noch keine Anklage erhoben worden. Das NBI hat keine

Rückmeldung mehr bezüglich ihrer Ermittlungen über die Bagani-Einheit, ihre militärischen Befehlshaber und die Hintermänner gegeben. Die Zusammenarbeit des Justizministeriums mit dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium (DND) ist mangelhaft. Wichtige Informationen sind als geheim eingestuft und blieben auch auf Anfrage hin unter Verschluss. Außerdem werden trotz mehrerer Beschwerden gegen die Spezialeinheit seitens Zivilisten weiterhin militärische Operationen durchgeführt.

Dies weist darauf hin, dass über einige „unberührbare Personen“ nicht ermittelt wird. Es scheint, dass der Mord an Fr. Fausto ohne Beauftragung durch hohe Funktionsträger nicht hätte passieren können, denn die oben genannten Punkte weisen auf ein systematisches Blockieren der Wahrheitsfindung hin. Außerdem legen die sich widersprechenden Zeugenaussagen nahe, dass Zeug_innen eingeschüchert und zu falschen Aussagen gedrängt wurden, damit das Verfahren eingestellt würde.

So soll Kumander Iring geprahlt haben, dass falls die Anklage gegen sie nicht fallen gelassen würde, sie die Kirchen und Schulen von Fr. Fausto niederbrennen und den Priester und die Mitarbeitenden der Organisation Fr. Faustos angreifen würden. Dies klingt wie eine Kriegserklärung derer, die annehmen, dass niemand die Verantwortlichen hindern könne.

Solch überheblichen Drohungen können nur ausgesprochen werden, weil die paramilitärischen Gruppen nach Aussagen vieler Menschen in der Region vom Militär beschützt und ausgerüstet und von bekannten Politiker_innen unterstützt werden. Dies geschieht entweder mit Einverständnis der Regierung Aquino, oder es muss angenommen werden, dass diese Gruppen nicht einmal mehr vom Präsidenten kontrolliert werden können.

Es erscheint aussichtslos, sich für Gerechtigkeit einzusetzen und juristische Unterstützung zu fordern. Doch das Volk kann sein Recht auf Leben und Freiheit nicht aufgeben. Wenn wir für ein ziviles Opfer wie Fr. Fausto Gerechtigkeit erlangen, dann können wir weitere Zivilisten aus den Reihen derer, die den Menschen dienen, schützen. Nur wenn Gerechtigkeit herrscht, wird Frieden möglich.

Der Mord an Fr. Fausto geschah in einem Klima der Straflosigkeit. Die Regierung Aquinos und die nationale Militärführung hatten sich verpflichtet, illegale und menschenrechtsverletzende Praktiken der ehemaligen Arroyo-Administration radikal zu bekämpfen. Doch sie zögern die Gerechtigkeits- und Friedensbildung auf den Philippinen weiter hinaus. Zusätzlich trägt dieses Vorgehen nicht zur Aufstandsbekämpfung bei, sondern bringt Rebellengruppen im Gegenteil noch mehr Zulauf.

Folgende Maßnahmen sind unerlässlich:

1. Entwaffnung der Bagani-/Alamara-Einheiten in North Cotabato, Bukidnon und Davao. Wenn es sie offiziell nicht gibt, dürfen sie nicht weiterhin Waffen vom Militär erhalten und Angst verbreiten, die auch andere mögliche Zeug_innen einschüchtern und daran hindert, sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

2. Anweisung aller Regierungsministerien, ihre Ermittlungen auszuweiten und zu Ergebnissen bezüglich der Tötung Fr. Faustos zu kommen. Dies schließt vor allem die Bagani-Einheit ein, die zum Zeitpunkt seiner Ermordung die Verantwortung trug. Sie werden immer noch geschützt und die Verdächtigen sind weiterhin regulär im Dienst.

3. Schutz der Zeug_innen und ihrer Familien durch das nationale Zeugenschutzprogramm (WPP); ebenso auch all jenen, die von den lokalen Gruppen (LGUs) und der Polizei bedroht werden.

All dies kann zum Frieden in unseren Gemeinden und der Glaubwürdigkeit der Regierung beitragen.

Möge der Gott der Gerechtigkeit und des Friedens die Herzen und Sinne aller Beteiligten bewegen, damit wir alle gemeinsam für Wahrheit, Frieden und Gerechtigkeit arbeiten können.

Übersetzt von Carolin Blöcher, aus einer Stellungnahme für die Pressekonferenz am 17. Juli 2012, Ateneo de Davao

Ökumenische Philippinenkonferenz in Weimar, 12. - 14. Oktober 2012

Zum Thema

**Die ganze Welt wird älter - Alt werden in den Philippinen.
Generationenvertrag und gesellschaftlicher Wandel**

In den Philippinen ist die Unterstützung der Elterngeneration durch die Generation der Kinder ein allseits akzeptierter und praktizierter Generationenvertrag. Seit alters her basiert der gesellschaftliche Zusammenhalt auf diesen Werten. Diese Erwartungen erstrecken sich auch auf die Kinder, die inzwischen im Ausland leben, verheiratet sind und auf die 7-9 Mio. Overseas Filipin@ Workers (OFWs) bzw. Overseas Contract Workers (OCWs). Eine umfangreiche und tragbare Sozial- und Rentenversicherung wie in vielen industrialisierten europäischen Ländern gibt es nur in Ansätzen und ist völlig unzureichend.

Ist dieser Gesellschaftsvertrag in Zukunft noch haltbar? Was bedeutet diese Belastung für die jungen Familien?

Wie groß ist der psychische Druck, wenn die Erwartungen nicht erfüllt werden können? Gibt es alternative Modelle der sozialen Sicherheiten für die ältere Generation? Wie gehen Filipin@s hier in Deutschland mit dem Problem um?

Spannende Fragen, zu deren Diskussion der Arbeitskreis der Ökumenischen Philippinenkonferenz an dieser Stelle herzlich im Rahmen der diesjährigen Konferenz **vom 12. bis 14.10.2012** in die Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte EJBW nach **Weimar** einlädt.

Kontakt und Anmeldung bitte beim Arbeitskreis der ÖPK, i.V. Wolfgang Spohn Haniel, Email: spohn@mzf.org, Tel: +49 228 95 35 4-42

25 Jahre philippinenbüro – Veränderungen in der Solidaritätsarbeit und politische Bildungsarbeit heute

14. bis 16. September 2012 in der Jugendherberge Wuppertal

Das Jubiläum des **philippinenbüros** nehmen wir zum Anlass, um die Entwicklung des Vereins im letzten Vierteljahrhundert zu reflektieren. Interessant ist dabei die Frage, wie sich das **philippinenbüro** gegenüber den zahlreichen Hilfsorganisationen positioniert und an welchen Punkten Kooperationen entstanden sind, wie z.B. mit dem Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen. Welche Rolle spielt die Solidaritätsarbeit und wie kommt unsere Arbeit bei Filipin@s an? Wie arbeitet der Verein heute? Auf welchen Schultern wird die Arbeit haupt- und ehrenamtlich verteilt? Wie hat sich Solidaritäts- und Informationsarbeit in den letzten 25 Jahren verändert?

Im Rahmen von Workshops werden die Teilnehmenden partizipativ und zum Teil spielerisch in die Diskussion mit eingebunden. So können sich jüngere und ältere Mitglieder austauschen und ihre verschiedenen Sichtweisen mit einbringen können. Vertreter_innen von verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen, die dem

philippinenbüro nahe stehen, sind ausdrücklich dazu eingeladen, ihre Diskussionsbeiträge in das Seminar mit einzubringen.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und Kennenlernen!

Wichtig: Es wird ein separates Kinderprogramm geben. Daher wird gebeten, sich frühzeitig mit Altersangaben der Kinder anzumelden, damit wir das Programm entsprechend planen können!

Tagungsbeitrag (Essen und Übernachtung)

Euro 100,- Soli-Beitrag

Euro 80,- Verdienende

Euro 40,- Geringverdienende, Studierende

Kinderpreise, Ermäßigungen und Fahrtkostenunterstützung bitte nachfragen!

Anmeldung und Kontakt:

philippinenbuero@asienhaus.de, Tel.: 0201 830 38 28

Zehn Gründe einfach zu leben

Als Ausdruck des Glaubens und der Integrität der eigenen Person, und als Zeichen persönlichen Einsatzes für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen auf der Erde.

Als Zeichen der Selbst-Verteidigung gegen die Auswirkungen übermäßigen Konsums, die Geist und Körper vergiften.

Als Akt, dem Erfolgsdruck der materialistischen Hochleistungsgesellschaft zu entsagen.

Als Ausdruck der Solidarität mit dem Großteil der Menschheit, die sich ihren Lebensstil nicht aussuchen kann.

Als Zeichen, mit anderen das zu teilen, was uns gegeben wurde, oder das zurückzugeben, was wir uns durch die ungerechten, sozialen und ökonomischen Strukturen angeeignet haben.

Als Ausdruck des Feierns des Reichtums, der in Kreativität, Spiritualität und Gemeinschaft mit anderen statt in sinnlosem Konsum gefunden wird.

Als Akt der Provokation, die Neugier erregt, um so mit anderen über Überfluss, Entfremdung, Armut und soziale Ungerechtigkeit ins Gespräch zu kommen.

Als Zeichen der Vorahnung auf eine Zeit, in der das Selbstbewusstsein und die Durchsetzungskraft der Benachteiligten zu neuartigen Machtgefügen und einer neuen Verteilung von Ressourcen führen müssen.

Als Ausdruck des Eintretens für gesetzliche Änderungen, die heutige Muster von Produktion und Konsum hin zu einer neuen ökonomischen Ordnung verändern.

Als bewusste Ausübung von Kaufkraft, die die Produktion von der Befriedigung künstlicher Bedürfnisse weg zu Gütern und Dienstleistungen lenkt, die die wahren sozialen Bedürfnisse stillen.

Aus: Jorgen Lissner. UN Development Programme, Addis Ababa, Ethiopia.
Übersetzung: Carolin Blöcher